

MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG 2004 DOKUMENTATION

Wege finden

Einblick gewinnen

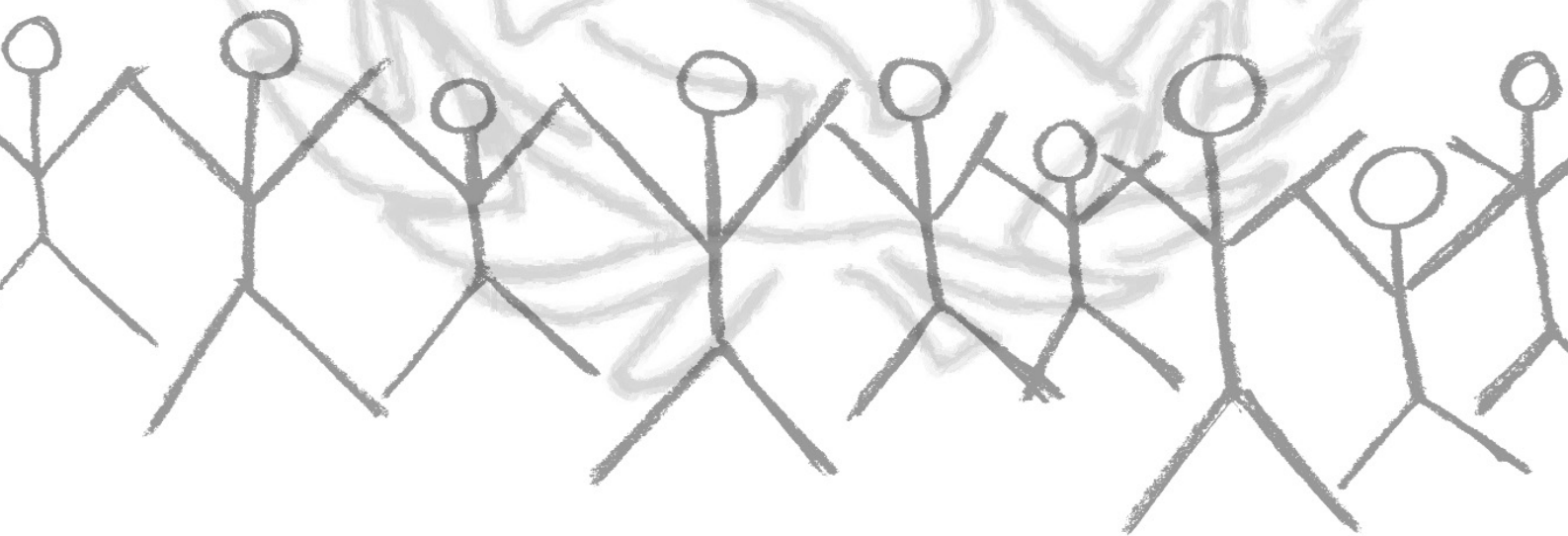
Grenzen öffnen

die Welt verändern

Neues erfahren

Veränderungen wagen

Toleranz üben





Grußwort der Daimler Chrysler AG



Sehr geehrte Delegierte, sehr geehrte Damen und Herren,

in der Woche vom 09. bis 13. März 2004 haben etwa 360 Schüler aus der Bundesrepublik und verschiedenen deutschen Auslandsschulen am Model United Nations Baden-Württemberg 2004 teilgenommen. Gemäß dem Motto des Barock vom "prodesse et delectare" - Nutzen und Vergnügen bereiten - schlüpfen Sie für eine Woche in die Rolle von Diplomaten fremder Länder und Kulturen, tauschen Schulbank und Pausenhof gegen glattes diplomatisches Parkett und die Arena der Weltpolitik. Besonders passend erscheint der Leitspruch des Barock auch deshalb, weil diese Epoche im Westfälischen Frieden die Geburtsstunde des modernen Völkerrechts erlebte, als dessen Garanten wir heute die Vereinten Nationen kennen und schätzen.

Die Globalisierung bietet uns allen viele Chancen, aber auch neue Risiken. In einer ereignisreichen Woche konnten die Teilnehmer spielerisch einen Einblick in die komplexen Prozesse und Zusammenhänge erhalten. Dabei dürfte Ihnen klargeworden sein, daß keiner allein die Chancen realisieren und die Probleme lösen kann. Es bedarf der Zusammenarbeit aller Kräfte, um gemeinsam etwas zu erreichen.

Internationale Unternehmen müssen hierbei eine tragende Rolle spielen - in ihrer täglichen Arbeit, aber auch im gesellschaftlichen Bereich. Wir bei DaimlerChrysler setzen daher auf engen Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften. Die Globalisierung bestimmt die Rahmenbedingungen unseres wirtschaftlichen Handelns. Diese Rahmenbedingungen wollen wir aktiv und konstruktiv mitgestalten.

Deshalb steht DaimlerChrysler auch in stetigem Dialog mit den Vereinten Nationen und hat sich als eines der ersten Unternehmen in der Global Compact Initiative von Kofi Annan engagiert, einen internationalen politischen Rahmen für die Globalisierung zu schaffen und mitzugestalten.

Aus dem gleichen Grund fördert DaimlerChrysler Simulationskonferenzen wie das Model United Nations Baden-Württemberg 2004, bei denen Schüler und Studenten die Arbeit von Internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, WTO oder EU



Unser Dank an die Sponsoren

Mit dieser Dokumentation halten wir kurz inne und lassen die gesamte Konferenz noch einmal Revue passieren. An dieser Stelle ist es nun angebracht zu danken. So möchten wir uns (auch im Namen aller Teilnehmer) sehr herzlich bei unseren Sponsoren und den jeweiligen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern für die großzügige ideelle und materielle Hilfe sowie die produktive Zusammenarbeit bedanken, ohne die Model United Nations Baden-Württemberg 2004 unweigerlich zum Scheitern verurteilt gewesen wäre. Denn nicht nur von einer gelungenen Organisationsarbeit lebt unsere Konferenz, sondern auch davon, wie sehr unser Projekt als unterstützenswerte Investition in die Zukunft junger Menschen, die durch Model United Nations Baden-Württemberg 2004 eine einzigartige Chance haben, die Weltpolitik wenigstens in einer Simulation aktiv zu erleben und zu prägen, angesehen wird.

Zunächst möchten wir uns bedanken bei unserem Hauptsponsoren DaimlerChrysler für die finanzielle Unterstützung. Ein besonderer Dank gilt unseren Ansprechpartnern, Herr Heger und Herr Walter, die jederzeit für uns da waren. Ferner danken wir dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und besonders für Frau Lauer für ihren Einsatz für uns.

Außerdem gilt unser Dank der Robert-Bosch-Stiftung und unserer Ansprechpartnerin Frau Wobbermin sowie der Landeszentrale für politische Bildung mit Herrn Berger. Zum Schluss bedanken wir uns noch bei der Fruchtkelterei Dietz für die Getränke spende sowie bei der Süddeutschen Zeitung für die Versorgung der Diplomaten mit Informationen aus aller Welt.





auszutauschen, Technisches und Inhaltliches abzugleichen und auch um Zuständigkeiten zu erfahren und sich kennen zu lernen. Ständig werden noch Mitarbeiter gesucht, da vor allem im Bereich der Gremiovorsitzenden noch Posten zu besetzen sind; komplett ist das Vorbereitungsteam erst im Januar 2004, aber vorher stehen noch einige wichtige Termine an.

Am 31. Oktober 2003 endet die Anmeldephase; inzwischen sind mehr Anmeldungen eingegangen, als Teilnahmeplätze vorhanden sind, so dass die Teilnehmerbetreuung bei der Vergabe der Länder schweren Herzens Absagen verschicken muss.

Ende Dezember können die beiden Projektleiter und die Bereichsleitungen, die sich bisher etwa alle vier bis sechs Wochen getroffen haben feststellen, dass die meisten Aufgaben erledigt sind und nur noch Details besprochen werden müssen: die grobe Finanzierung ist gesichert, die Verträge für die Konferenzräume sind unterschrieben und die Zusagen einiger Konsuln für den Diplomatenabend eingetroffen.



Natürlich kam trotz viel Arbeit auch der Spaß nicht zu kurz - wie hier bei einer organisierten "Schneeballschlacht" bei unserem letzten großen Vorbereitungstreffen im Januar in Karlsruhe.

Jetzt beginnt die heiße Phase: die Treffen der Projektleitung werden häufiger, die Auflagenzahlen der Zeitungsteams müssen genauso errechnet werden, wie die Verpflegung, die benötigt wird, Liefertermine werden abgeklärt, die Eröffnungsveranstaltung geprobt und unzählige Kleinigkeiten erledigt. Die Telefone der Teammitglieder laufen heiß, die E-Mail-Accounts quellen über und nebenher sind Uni-Klausuren zu schreiben und die Halbjahreszeugnisse werden ausgegeben.

Aber dann ist auch schon März und die Konferenzwoche steht unmittelbar bevor. Jetzt heißt

es die Büroräume beziehen, die ersten ausländischen Teilnehmer vom Flughafen abholen und Pressemitteilungen schreiben. Am Dienstag werden verschiedene Stuttgarter Läden mit mehreren Einkaufswagen voll Kuchen, Obst und Kaffee wieder verlassen und die letzten Namensschilder gedruckt. Dann ist es 15.00 Uhr und die Teilnehmer treffen am Bahnhof ein; immer noch sind Kleinigkeiten zu erledigen, doch jetzt hat die Konferenz begonnen.

Und am ersten Wochenende im Mai sind im Jugendhaus in Schwäbisch Gmünd wieder Beamer, Laptops und Plakate zu finden - mit dem Reflexionstreffen für MUNBW 2004 und dem anschließenden ersten Vorbereitungstreffen für die Konferenz 2005 wird der eine

10 MUNBW-Zyklus beendet und ein neuer begonnen ...

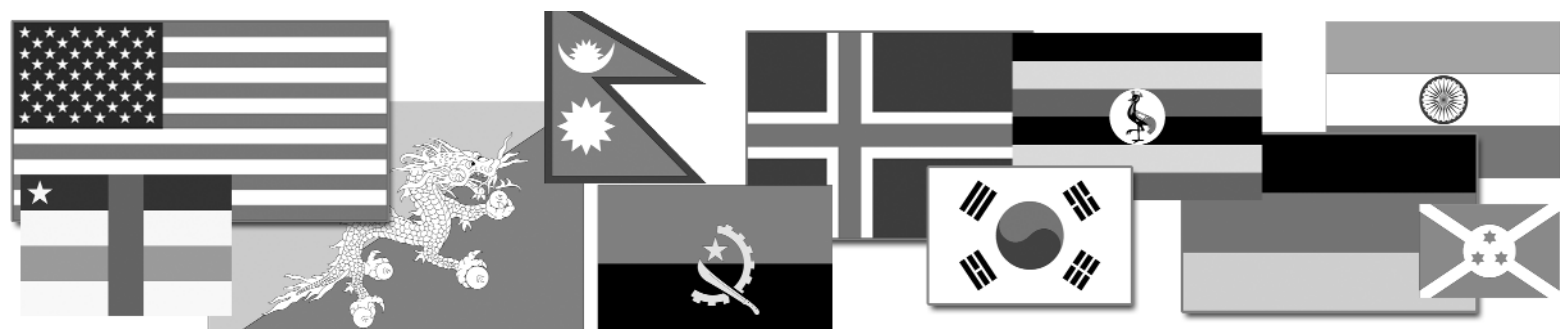




Die auf der Konferenz vertretenen Delegationen

Afghanistan	Indien	Österreich
Algerien	Indonesien	Pakistan
Andorra	Iran	Panama
Angola	Island	Papua-Neuguinea
Argentinien	Israel	Peru
Aserbaidschan	Italien	Portugal
Australien	Jamaika	Rumänien
Bangladesch	Japan	Russische Föderation
Belarus	Jordanien	Saudi-Arabien
Belgien	Kamerun	Schweden
Benin	Kanada	Senegal
Bhutan	Katar	Sierra Leone
Bolivien	Kenia	Simbabwe
Bosnien-Herzegowina	Kongo	Singapur
Brasilien	Kongo, DR	Slowakei
Bulgarien	Korea	Spanien
Burundi	Korea, DVR	Südafrika
Chile	Kuba	Sudan
China	Laos, DVR	Syrien
Costa Rica	Libyen	Tansania
Dänemark	Luxemburg	Timor-Leste
Deutschland	Malaysia	Togo
Ecuador	Mali	Türkei
El Salvador	Mexiko	Turkmenistan
Eritrea	Mongolei	Uganda
Estland	Mosambik	Ukraine
Finnland	Myanmar	Ungarn
Frankreich	Nepal	Uruguay
Georgien	Neuseeland	Venezuela
Ghana	Nicaragua	Vereinigte Staaten
Griechenland	Niederlande	Vereinigtes Königreich
Guatemala	Niger	Vietnam
Guinea	Nigeria	Zentralafrikanische Republik

ferner die beiden Zeitungen "Al Yarin" und "Vox Helvetia" sowie die Experten des "Arbeitskreises Reformen der UN"





Eröffnungsrede des Generalsekretärs

Ehrenwerte Delegierte, werte Gäste, sehr geehrte Mitarbeiter, meine Damen und Herren,



Generalsekretär Kåre Wilton-Jørgensen bei seiner Eröffnungsrede vor der (M)UN-Vollversammlung während dem Aufziehen der UN-Flagge.

Es ist mir eine große Ehre, Sie alle hier in Stuttgart zu dieser Konferenz begrüßen zu dürfen.

Aus über 100 Ländern sind wir angereist, um Probleme anzugehen, welche die gesamte Weltgemeinschaft betreffen. Dabei müssen wir uns auch um Grundlegendes Gedanken machen, vor allem um die Frage, die wie keine andere übergreifend unsere Arbeit, die Arbeit der Vereinten Nationen betrifft:

Wo steht die UNO heute? Wie wird sie wahrgenommen, und wo sieht sie sich selbst, auch aus ihrer Geschichte heraus? Welche Aufgaben muss sie - heute und in Zukunft - in der internationalen Gemeinschaft übernehmen?

Die Frage nach dem Selbstverständnis der UN lässt sich nicht mehr so leicht beantworten wie zu Zeiten ihrer Gründung.

Keine zwei Monate nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unterzeichneten im Juni 1945 zunächst 51 Staaten die Charta (...). Unter dem Eindruck der zwei schlimmsten Katastrophen in der Geschichte der Menschheit lag das gemeinsame Ziel nahe: Die Wiederholung solcher globaler Tragödien war unter allen Umständen zu verhindern. (...) Mit der UN sollte verhindert werden, dass es wieder zu einem Weltkrieg kommt, alle Staaten sollten durch die Vollversammlungen in friedlichem Dialog bleiben, weltweit sollte den grundlegendsten Menschenrechten Geltung verschafft werden. Und das haben die Vereinten Nationen auch geschafft!

Doch seit einigen Jahren beobachten wir Umwälzungen, welche die Gefüge der internationalen Politik stark verändern. Das Ende des Kalten Krieges markierte dabei den Wendepunkt:

Das scheinbar beständige Gleichgewicht zwischen Ost und West, zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion mit ihren jeweiligen befreundeten und verbündeten Staaten, ist einem multipolaren und damit schwer überschaubaren Machtgefüge gewichen.

Auf globaler Ebene entflammen Konflikte, die sich nicht mehr so einfach durch den Dualismus der Ideologien kategorisieren lassen. Heute stehen wir vor einer Vielzahl von Spannungsfeldern - nicht länger geprägt durch die Abstraktionen "Ost" und "West"; sondern durch die Gegensätze zwischen verschiedenen Religionen, Kulturen, Ethnien,



letztendlich auch zwischen arm und reich.

Welche Rolle wird in so einer Weltlage den Vereinten Nationen zugesprochen?

Vielfach wird erwartet, dass die UNO sich in inter- und intranationalen Krisen aktiv als Botschafter des Friedens einbringt. Doch sobald heute einzelne Mitgliedsstaaten (...) selbst die Initiative ergreifen (...) kommen den Vereinten Nationen nur noch zivile Aufgaben zu - bei der Bewältigung humanitärer Notlagen oder beim Wiederaufbau dessen, was ein Krieg zerstörte. Und so wichtig diese Aufgabe auch sein mag: Es ist zunächst nur eine verwaltende Tätigkeit.

Beispielhaft herausgreifen möchte ich an dieser Stelle Afghanistan. Die kriegerischen Handlungen alleine fanden ohne UN-Mandat statt, erst beim Wiederaufbau zeigte sich dann die Rolle der Vereinten Nationen (...) [u.a.] beim Wiederaufbau einer professionellen Polizei (...).

Analoges zeigt sich beim Einsatz von Blauhelm-Truppen: Immer wieder haben wir in der Vergangenheit Friedenstruppen eingesetzt, um einen frisch ausgehandelten Waffenstillstand zu überwachen oder eine sichere Lebensumgebung für die betroffene Bevölkerung zu schaffen, während die Konfliktparteien noch um eine politische Lösung rangen. Doch viele Einsätze in den neunziger Jahren, unter anderem in Ruanda, Bosnien und Sierra Leone, zeigten deutliche Probleme dieses Vorgehens: Die strikte Neutralität, die Gewaltanwendung nur zur Selbstverteidigung legitimierte, verurteilte die eingesetzten Soldaten, dem Morden an Unschuldigen tatenlos zuzusehen. Und so werden heute Truppen mit UN-Mandat erst dann entsandt, wenn eine politische Regelung bereits ausgehandelt worden ist; zu sichern bleibt dann der Wiederaufbau.

Die UNO hat also scheinbar einen Teil der Rolle als Friedenserhalter und Friedensstifter abgeben müssen; sie räumt vermeintlich nur noch auf, sobald ein Krieg beendet ist.

Sind also die Anforderungen an die UNO geschrumpft; haben sich die Aufgaben verringert, haben die Vereinten Nationen an Bedeutung verloren? Ist gar die Friedensarbeit einer reinen Verwaltungsaufgabe gewichen?

Ich muss und darf diese Fragen mit einem "nein" beantworten.

Gehen wir zurück zum Beispiel Afghanistan: Die Polizei - sei sie noch so professionell und effizient - ist nur ein Teil eines funktionierenden Rechts- und Sicherheitssystems, dem die Menschen vertrauen können. Damit Verwaltung und Justiz die Arbeit der Polizei fortführen können, braucht es mehr als gut ausgebildete Sicherheitskräfte - hier haben wir eine langfristige Aufgabe übernommen, die noch lange nicht vollendet ist. (...) In anderen Bereichen zeigen sich ähnliche Beispiele (...).

Auch militante Konfliktparteien in ehemaligen Krisengebieten zu entwaffnen, kann alleine nicht die Spirale der Gewalt durchbrechen. Man muss den Menschen eine





Die Eröffnungsveranstaltung (Bericht aus "Vox Helvetiae")

In Landestracht zum festlichen Auftakt

"Und hiermit erkläre ich die Konferenz für eröffnet!" Gestern abend war es endlich so weit: Die UNO-Sonderkonferenz MUNBW 2004 wurde in Stuttgart eröffnet. Internationale Prominenz wohnte dem Ereignis bei.

Schon lange vor dem eigentlichen Beginn um 20.00 Uhr drängten sich die Delegierten der vertretenen Länder vor dem wunderschönen König-Karl-Saal, wo die Lampen den Eindruck erweckten, als würden die Decken vor Freude weinen. Sarah Kohlhammer führte elegant durch das vielfältige Programm. Sie erläuterte zunächst kurz die Geschichte der "echten" UNO, welche schon seit fast 60 Jahren existiert, und wies auf die Arbeit hin, die eine Simulation solch einer Konferenz einer solchen Organisation mit sich bringt. Die ursprüngliche Absichten und Ziele der UN wie die Wahrung des Weltfriedens, die internationale Sicherheit und die Vereinigung der Kräfte der teilnehmenden Nationen, aber auch wie die UNO sich verändert hat und wie sie ihre Rolle heute definiert wurden in einem kurzen Theaterstück deutlich gemacht, in dem Roosevelt, Churchill und Stalin auftraten. Das Gerangel der ehemals Mächtigsten der Welt um UN-Fragen wie die "Zinnsoldatenarmee mit den blauen Töpfen auf dem Kopf" (Stalin) wurden mit Gelächter aufgenommen. Die Nationen und wurden vorgestellt, indem ihre jeweiligen Flaggen und Namen in der Landessprache vorgestellt wurden. Der Hauptsponsor DaimlerChrysler schickte einen Vertreter, der eine Begrüßungsrede hielt. Alle Chairs kamen auf die Bühne, nachdem auch der Hauptsponsor seine Rede gehalten hatte. Die Rede des Generalsekretärs bildete den krönenden Abschluss des Abends.





MUNBW 2004 aus Sicht einer Delegierten

Ein Erfahrungsbericht der Delegierten Eritreas in der GV, Isabel Riemer



Diplomaten in der Sonderkommission Klima und Umwelt während der Debatte

Über abwegige politische Themen diskutieren, und das auch noch anhand eines dicken Handbuchs voller komplizierter Verfahrensregeln - als ich zum ersten Mal davon hörte, kam mir MUNBW ziemlich langweilig vor. Es war vor allem den Überredungskünsten meiner späteren Mitdelegierten zu verdanken, dass ich mich für das Projekt anmeldete.

Die ersten Vorbereitungen motivierten mich auch nicht gerade, da es schwierig war, Informationen über "mein" Land zu bekommen. Wie die meisten Staaten der Dritten Welt hat auch Eritrea wenig Geld für die Arbeit seiner Botschaften, und so konnte ich - im Gegensatz zu den Delegationen

der Industrienationen - nicht auf offizielle Broschüren zurückgreifen. Was ich erfuhr, war zudem überwiegend negativ: Eritrea ist weltpolitisch unbedeutend, leidet unter Hunger und Korruption, von Demokratie und Menschenrechten kann keine Rede sein. Außerdem war ich nicht sicher, ob ich die Handbuchregeln im Ernstfall würde anwenden können.

So ging ich mit gemischten Gefühlen zum TVT2 (Teilnehmervorbereitungstreffen, d. R.) in Stuttgart, wo ich zu meiner großen Erleichterung feststellte, dass viele andere (auch manche Chairs) genauso wenig Ahnung vom Ablauf der Debatten hatten wie ich. Und noch etwas bemerkte ich: Wenn man die Regeln erst einmal beherrscht, dann stören sie die Diskussion nicht mehr, sondern machen sie im Gegenteil sogar übersichtlicher. Jetzt war ich gespannt auf die Konferenz und freute mich schon darauf, endlich die Themen bearbeiten zu können, auf die ich mich vorbereitet hatte.

- Samstag, 07.02. Teilnehmervorbereitungstreffen in Stuttgart und Karlsruhe
- Samstag, 14.02. Teilnehmervorbereitungstreffen in Stuttgart und Ulm
- Dienstag, 09.03. informelles Ausschusstreffen
Eröffnungsveranstaltung
- Mittwoch, 10.03. zwei Tagungsblöcke (5,5 Std.)
Blocktreffen
Diplomatenabend
- Donnerstag, 11.03. vier Tagungsblöcke (10 Std.)
- Freitag, 12.03. zwei Tagungsblöcke (7 Std.)
festlicher Diplomatenempfang
- Samstag, 13.03. Feedback in den Gremien
offizielle Verabschiedung





Diplomatenabend und Gastredner

Was hat unser Planspiel mit dem wirklichen Leben, mit der realen Weltpolitik zu tun? Inwieweit entspricht der Tagesablauf eines Delegierten bei MUNBW den Aufgaben eines echten Diplomaten? Und wie wird man überhaupt Botschafter? Diese Fragen sollte der "Diplomatenabend" am Mittwoch beantworten.

Aufgeteilt in fünf Gesprächsgruppen, saßen die Teilnehmer den "richtigen" Diplomaten zu einem Vortrag mit anschließender Diskussion gegenüber: dem Schweizer Konsul Johann U. Müller mit seiner Ehefrau Anne-Marie Müller, dem ehemaligen Leiter der Zentralabteilung des Auswärtigen Amtes Steffen Rudolph, dem türkischen Generalkonsul Ahmed Tezok, dem britischen Generalkonsul Mark Paul Twigg und Roman Waschuk, dem kanadischen Botschaftsrat für politische Angelegenheiten, der vom kanadischen Honorarkonsul Theo-Rudolf Schweiker begleitet wurde.



In lockerer Atmosphäre konnten die Diplomaten wie hier Mark Paul Twigg den Teilnehmern von MUNBW 2004 ihre Arbeit nahebringen.

Ungefähr zwei Stunden lang berichteten die Gäste den Delegierten vom Diplomatenleben allgemein, aber auch von ihren ganz persönlichen Erfahrungen in den entlegensten Ländern der Erde. Die Schwerpunktsetzung ihres Vortrags trug dabei sowohl der eigenen Biographie, als auch den Fragen der Teilnehmer Rechnung. So entspann sich in der Gesprächsgruppe von Roman Waschuk eine lebhafte Diskussion um die Vor- und Nachteile des deutschen und des kanadischen Schulsystems und die Möglichkeiten der Integration von Immigrantenkinder. Steffen Rudolph erläuterte detailliert das Diplomaten-Auswahlverfahren des Auswärtigen Amtes und berichtete von seiner Tätigkeit bei den Vereinten Nationen, Herr Müller und seine Frau beschrieben hingegen ihrer Zuhörerschaft die Schwierigkeiten beim Vereinbaren einer Botschaftertätigkeit mit einem normalen Familienleben.

Die Teilnehmer zeigten sich begeistert. "Ich hätte nie gedacht, dass echte Diplomaten so unkompliziert und freundlich sind", so eine Teilnehmerin. Sie selbst wolle aber keinesfalls Diplomatin werden, die Arbeit sei doch sehr anstrengend und je nach Einsatzland manchmal sogar gefährlich. Eine Einschätzung, die viele ihrer Mitdelegierten offensichtlich nicht teilten: Die ausliegenden Informationsbroschüren des Auswärtigen Amtes waren schon zu Beginn des Abends vergriffen.





ORGAN: SONDERKOMMISSION KLIMA UND UMWELT
THEMA: SCHUTZ DER MEERE
VERFASSER: KANADA, NEUSEELAND, JAPAN, ISLAND, INDONESIA, PORTUGAL, GRIECHENLAND

DIE GENERALVERSAMMLUNG

alarmiert durch die zunehmende Verschmutzung der Weltmeere und der Küstengebiete,
höchst besorgt über die Überfischung der Meere,
bestürzt über die enorme illegale Ausbeutung der spärlich vorhandenen Meeresressourcen,
in Bekräftigung des Beschlusses der Internationalen Walfangkommission (IWC) von 1986, der den kommerziellen Walfang verbietet,
bestürzt über den Beifang, der den sinnlosen Tod zahlreicher Meerestiere verursacht
höchst in Sorge über die ansteigende Zahl der vom Aussterben bedrohten Meerestierarten
mit der Aufforderung an alle Staaten, dringend zusammen zu Arbeiten, um die Artenvielfalt der Meeresbewohner zu erhalten und deren Lebensraum zu sichern
tief besorgt über den immensen Unterwasserlärm verursacht durch militärische und zivile Einflüsse
feststellend, dass veraltete, reparaturbedürftige und mangelhaft ausgestattete Schiffe ein Gefahrenpotential für das Ökosystem der Weltmeere darstellt,

1. fordert,

- a) dass ausnahmslos alle Schiffe in regelmäßigen Abständen von einer unabhängigen Organisation auf Fahrtüchtigkeit geprüft werden sollen;
- b) die Vergünstigung von Alt- und Restölabgaben und anderen Schad- und Giftstoffen in den Docks
- c) Strengere Strafen für illegale Einlassungen in die Weltmeere

2. empfiehlt die Schaffung von großen Schutzgebieten, die einen geschützten Lebensraum für alle Meeresbewohner darstellt und deren Standort in regelmäßigen Abständen wechselt, wobei keine Länder bevorzugt oder benachteiligt werden sollten;

3. kommt zu der Überzeugung, dass eine Begrenzung der Fangquoten nicht zielführend ist, sondern strengere Kontrollen gegen illegalen Fischfang eingeführt werden sollten;

4. betont, dass die finanzielle und logistische Unterstützung der Entwicklungsländer forciert werden sollte;

5. legt nahe, den wissenschaftlichen Walfang zu verbieten;

6. erinnert an die Einhaltung bestehender Schutzzonen für gefährdete Meerestiere;

7. hofft auf Minimierung des Beifangs durch technologische Weiterentwicklung des Fischfangs wie auch der Fangnetze;

8. verurteilt Atomtests in schützenswerten Lebensräumen sowie die Entsorgung radioaktiver Stoffe im Meer.





Resolutionen des Sicherheitsrates

ORGAN: SICHERHEITSRAT
THEMA: NORDKOREA KONFLIKT
VERFASSTER: BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

DER SICHERHEITSRAT,

bemerkend, dass die Weiterverbreitung von Atomwaffen an bislang atomwaffenfreie Staaten eine der zurzeit bedrohlichsten Gefahren darstellt,

beunruhigt über die Geschehnisse auf der koreanischen Halbinsel,

tief besorgt über den Austritt der Demokratischen Volksrepublik Korea aus dem Atomwaffensperrvertrag von 1968 und der Ausweisung der Inspekture der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO),

mit dem Ausdruck der tiefen Besorgnis die humanitäre Situation der Bevölkerung der Demokratischen Volksrepublik Korea verfolgend,

unter Achtung der vollen Souveränität der Demokratischen Volksrepublik Korea als gleichwertiges Mitglied der Staatengemeinschaft,

der Hoffnung Ausdruck gebend, dass die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea ihre Politik überdenken und zum Positiven hin verändern wird,

begrüßend das positive Signal der zweiten Runde der multilateralen 6er- Gespräche in Beijing,

in der Hoffnung auf weitere Verhandlungsfortschritte,

mit der festen Überzeugung, dass die Krise durch friedliche Verhandlungen gelöst werden kann

1. drängt die Demokratische Volksrepublik Korea zur Wiederaufnahme des Atomwaffensperrvertrags und aller weiteren internationalen Verpflichtungen und Verträgen;
2. fordert die sofortige und verifizierbare Einstellung des Nuklearwaffenprogramms sowie den Abbau bereits bestehender Kapazitäten;
3. kommt zu dem Schluss, dass der Einsatz von Inspektoren zur Überprüfung des Abbaus der nuklearen Kapazität der Demokratischen Volksrepublik Korea notwendig ist;
4. erwartet ein Einlenken der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea in Bezug auf die genannten Sachverhalte und auf Verhandlungsbereitschaft der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea, um einer Eskalation vorzubeugen;
5. betont, dass die Lösung dieses Konfliktes auf multilateralem Weg zu suchen ist, da von einer eventuellen Eskalation die gesamte Staatengemeinschaft betroffen sein würde;
6. ermutigt die Demokratische Volksrepublik Korea sowie die Republik Korea, das Waffenstillstandsabkommen zu einem Friedensvertrag auszubauen, welcher dauerhaft das friedliche Zusammenleben auf der koreanischen Halbinsel sichern könnte;
7. hofft auf baldige Verbesserung der kritischen Lage auf der koreanischen Halbinsel:
 1. Verbesserung der humanitären Situation der Bevölkerung,
 2. Entspannung der militärischen Situation,
 3. Entspannung der politischen Situation,
8. weist darauf hin, dass zur Lösung der Krise auf dem Verhandlungswege das Prinzip der Gegenseitigkeit gewahrt werden muss, d.h. dass Nordkoreas wirtschaftliche und politische Bedürfnisse angemessen berücksichtigt werden müssen;
9. verurteilt jegliche Provokation Nordkoreas gegenüber anderen Staaten;
10. drängt sämtliche Staaten dazu die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen mit allen Mitteln zu verhindern;
11. beschließt, die humanitäre Hilfe an die Demokratischen Volksrepublik Korea aufzustocken, um eine Grundversorgung der nordkoreanischen Bevölkerung zu gewährleisten;
12. räumt wirtschaftliche Unterstützung ein, die jedoch im Falle eines Verstoßes gegen diese Resolution zurückgefahren, beziehungsweise eingestellt werden würde;
13. beschließt, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.





Resolutionen und Entschlüsse des Europäischen Rates

ORGAN: EUROPÄISCHER RAT
THEMA: GEMEINSAME ARMEE DER EUROPÄISCHEN UNION
VERFASSER: DÄNEMARK

DER EUROPÄISCHE RAT,

geleitet von der Idee eines starken Europas, das seine Rolle in der Welt zur Geltung bringt,

fest davon überzeugt, dass Europa in der Lage sein muss, in der internationalen Politik mit einer Stimme sprechen zu können,

unter Berücksichtigung der europäischen geistigen und religiösen Werte wie Humanismus, Achtung vor dem Recht und Ablehnung des Unilateralismus,

betonend, dass die Europäische Union über eine glaubwürdige Sicherheits- und Verteidigungspolitik verfügen muss, die sich auf wirksame Fähigkeiten stützen kann,

bekräftigend, dass die transatlantische Partnerschaft zwischen Europa und Amerika auf gemeinsamen Werten und Idealen beruht, die Voraussetzungen für Sicherheit und Frieden in der Welt sind,

entschlossen, die Partnerschaft zwischen EU und NATO an die Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts anzupassen und die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der NATO zu intensivieren,

in der Absicht eine neue Phase der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzuleiten, die auf verstärkte europäische militärische Fähigkeiten setzt,

mit dem Wunsch auf eine breite Beteiligung der Mitgliedsländer für die geplanten Vorhaben,

1. begrüßt als ersten Schritt ein strategisches Konzept zu entwerfen, welches eine klare Bedrohungs- und Risikoanalyse enthält, um den Handlungsspielraum einer europäischen Armee einzugrenzen;
2. empfiehlt, die Mitgliedsstaaten dazu zu verpflichten eine bestimmte Qualität und Quantität an Einheiten einer europäischen Armee zu Verfügung zu stellen;
3. unterstützt den Aufbau einer ständigen europäischen Kommandostruktur mit einem Hauptquartier in einem EU-Mitgliedsland;
4. ersucht hierbei eine ständige Kommunikation mit dem NATO Hauptquartier;
5. beschließt die Finanzierung nach einem Schlüssel zu gestalten, der Bevölkerungszahl und Prozentsatz vom Bruttoinlandsprodukt als Berechnungsgrundlage für Kontingentsstärke und Kontingentsausstattung festschreibt;
6. autorisiert den europäischen Rat als exekutive Gewalt für eine schnelle Entscheidung im Konfliktfall;
7. beschließt eine Förderung der Annäherung der nationalen Verteidigungsinstrumente zur Vermeidung überflüssiger Duplizierungen zwischen den nationalen Streitkräften;
8. sichert zu, dass die europäische Armee ausschließlich zur Erfüllung der Petersberg-Aufgaben eingesetzt werden wird.





Des Teufels Anwälte

Ein Erfahrungsbericht der fiktiven Experten Joachim Marnitz und Dorothee Spannagel, die mit ihren Redebeiträgen spannende Diskussionen angeregt haben ...



Dorothee Spannagel als unabhängige Expertin vor dem Sicherheitsrat.

Da steht man also vor ein wenig mehr als 30 Delegierten, und ordnet noch ein letztes Mal die spärlichen Notizen. Und auf das Signal des Chairs hin beginnt man, gegen die Frauenrechte im Besonderen, und gegen die Gleichberechtigung im Allgemeinen zu wettern. Nicht, dass man hier zwangsläufig seine eigenen Überzeugungen zum Besten gäbe, nein, aber der Spaß nimmt in etwa in dem Maß zu, wie sich die entsetzten Mienen und blankes Unverständnis unter den (ehrenwerten) Delegierten breit machen. Willkommen bei der Arbeit eines "Advocatus diaboli".

Des Teufels Anwalt zu sein, hört sich nicht einfach an. Und das ist es auch nicht. Der typische Ablauf einer unserer Aufträge sah in etwa so aus: Ein völlig abgehetztes KOM-Service-Mädchen schleppt sich mit letzter Kraft ins Sekretariat und überreicht uns wortlos schnaufend eine Mitteilung eines Chairs, einen Zettel mit den salbungsvollen

Worten: "Bei uns ist völlig tote Hose. Könntet ihr vielleicht einen Redebeitrag für Iran zum Thema Frauenrechte einbringen, in den nächsten 20 Minuten?" Klar, damit hat Khalid Aziz, iranischer Delegierter und damit kraft Amtes Experte für Frauenrechtsfragen, keine Probleme.

Dumm nur, dass Khalid Aziz gerade erst erfunden wurde, eigentlich Joachim Marnitz heißt und dessen Erkenntnisse in Sachen Iran und Frauenrechtsfragen milde ausgedrückt ein wenig wolkig sind. Aber egal, hilft ja alles nichts, die beiden Advocati diaboli, Joachim und Dorothee, setzen sich zusammen, und überlegen sich eine möglichst undurchdringliche Argumentationsstruktur. Das ist zwar nicht immer einfach, aber, wie wir bewiesen haben, nie unmöglich. Und diese wird in Form einer Rede dann eben vorgetragen.

Der härtere Teil war typischerweise nicht die Rede, sondern das Beantworten der Rückfragen und Bemerkungen der aufgeschreckten Delegierten. Aber als frischgebackener erfahrener Politiker und Diplomat weicht man den allzu unangenehmen Fragen, die die eigene Argumentation allzu sehr ins Wanken geraten lassen, einfach aus, indem man Dinge beantwortet, die eigentlich gar nicht gefragt waren.





Herkunft der Teilnehmer

